

**EPOCHEN**

**WENDE**

EPOCHENWENDE

# VEREINT UND DOCH GETRENNT?

EDGAR WOLFRUM

**Der historische Umbruch der Jahre 1989/90 brachte nicht nur Deutschland die Wiedervereinigung, sondern änderte mit dem Verschwinden des „Eisernen Vorhangs“ auch im restlichen Europa die politische und geographische Landkarte. Drei Jahrzehnte später ist ein großer Teil des Kontinents in der Europäischen Union miteinander verbunden – und doch auch gespalten, an alten und neuen Konfliktlinien, wie nicht nur der Brexit zeigt. Aktuell deutet einiges darauf hin, dass sich die Corona-Pandemie, in der der Nationalstaat wieder an Bedeutung gewinnt, als erneute Zäsur erweisen könnte. Die gegenwartsnahe Zeitgeschichte erforscht solche Strukturen und Prozesse und möchte den Mitlebenden kritische Orientierung bieten.**

# D

Die Zäsur von 1989 war so tief wie die von 1789, als die Französische Revolution begann: Innerhalb weniger Monate verschwanden kommunistische Diktaturen vom Erdboden, scheinbar unerschütterliche Machtstrukturen brachen zusammen wie morsches Gebälk. Das Symbol für die Teilung der Welt in zwei Blöcke war das geschlossene Brandenburger Tor in Berlin; dessen Öffnung und der Mauerfall symbolisierten die Zeitenwende. Mit dem Untergang des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa versank die

globale Machtstruktur des Kalten Krieges: das bipolare System. Für Europa und Deutschland erwuchs daraus eine gänzlich unverhoffte Chance.

Das politische und gesellschaftliche Erdbeben hatte sich nicht angekündigt, und so war Europa auf sich selbst – und das hieß: auf den Westen – bezogen, als sich die weltpolitische Lage grundlegend veränderte. Die östlichen Revolutionen von unten verbanden sich mit einer Revolution der Staatenwelt. Nichts war mehr wie zuvor, die Herausforderungen waren komplett neu, und es lagen weder Modell noch Muster vor. Mit der deutschen Wiedervereinigung stand die Europäische Gemeinschaft erstmals vor der Aufgabe, ihren Geltungsbereich auf einen ehemals sozialistischen Staat auszuweiten. Die in kürzester Zeit vollzogene Wiedervereinigung und die Heranführung der postdiktatorischen osteuropäischen Staaten an Europa waren eine Herkulesaufgabe mit offenem Ausgang. Europa wurde zum Stabilitätsanker der noch labilen demokratischen Ordnungen, und mit der Osterweiterung 2004



**PROF. DR. EDGAR WOLFRUM** ist seit 2003 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die deutsche und europäische Geschichte seit 1945, Diktaturerfahrungen im 20. Jahrhundert sowie Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik. Er war Vorsitzender der NS-Aufarbeitungskommission in Baden-Württemberg und ist Wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle Antiziganismus (siehe Beitrag ab Seite 144). Mehrere seiner Bücher wurden ausgezeichnet und ins Arabische, Chinesische, Englische, Japanische, Koreanische und Tschechische übersetzt. Sein 2020 veröffentlichtes Buch „Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute“ beschäftigt sich 30 Jahre nach der Wiedervereinigung mit den neuen Herausforderungen, denen sich Deutschland seit 1990 gegenüber sieht.

Kontakt: edgar.wolfrum@zegk.uni-heidelberg.de

wuchs die Europäische Union mit einem Schlag von 15 auf 25 Mitglieder und vergrößerte sich innerhalb kürzester Zeit demographisch und territorial um mehr als ein Drittel. Darf es verwundern, dass dies Probleme aufwarf? Die südlichen Länder fürchteten die härter werdende Konkurrenz mit den Neumitgliedern um die Strukturhilfen. Im Westen gab es Vorbehalte gegenüber einem mächtigen Deutschland in der Mitte Europas. Nicht alle dachten wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die vor einer „teutonischen Hegemonie“ warnte, aber in die Freude über den Sieg der Freiheit mischte sich Unbehagen gegenüber den in der Vergangenheit so nervösen, oft überspannten Deutschen.

Am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert war Europa so dramatischen Veränderungen unterworfen wie sonst kein anderer Teil der Welt. Es kam zu einer Rückkehr und Verwandlung Europas von historischem Ausmaß. Dabei überschritten sich drei verschiedene Europas: das Europa des Friedensraumes als Erbe zweier Weltkriege, das Europa der sozialen Rechte und der Menschenrechte als Erbe der Jahrhundertmitte und das Europa der Wiedervereinigung als Erbe des Endes des Kalten Krieges. Aber meinten alle dasselbe, wenn sie von Europa sprachen? Der Ostblock und die DDR waren zwar tot, aber Geschichte hört nicht auf zu existieren, wenn ein System oder ein Land verschwinden. Geschichte ging weiter, und sie wickelte sich um die Menschen mit ihren je eigenen, sehr unterschiedlichen Erfahrungen.

### Kein „Goldenes Zeitalter“

Dennoch entfaltete die These des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ einen kurzen Moment lang einen gewissen Charme: Der liberale Kapitalismus habe weltweit gesiegt, und es würde sich eine lange friedliche Ära, ein neues Goldenes Zeitalter fortwährender Glückseligkeit ausbreiten. China, wo im Sommer 1989 die Rebellion der Studierenden im Blutbad erstickt wurde, übersah man im Überschwang der Glücksgefühle. In Wahrheit wurden bald „neue Kriege“ ausgefochten, mit den jugoslawischen Nachfolgekriegen auch an der Pforte der Europäischen Gemeinschaft, zeitgleich entstand ein neuer, brutaler internationaler Terrorismus, und die Sicherheitslage war bisweilen kritischer als im Kalten Krieg. Ökonomisch und gesellschaftlich verliefen die Transformationen von einer sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft keineswegs reibungslos, und zwischen West und Ost stand zwar kein Eiserner Vorhang mehr, aber ein großer Graben tat sich auf.

In dieser Transformationsgeschichte befand sich Ostdeutschland gegenüber den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks auf einem vorteilhaften Sonderweg. Die Übertragung des westdeutschen Sozialstaates auf das Gebiet der ehemaligen DDR war der Grund dafür, dass die

Verwerfungen der Wiedervereinigungskrise in den 1990er-Jahren ohne ernsthafte soziale Unruhen abliefen. Dieses sozialstaatliche Verfahren zur Bewältigung von Diktaturfolgen war nicht neu – bereits in der jungen, noch labilen Bundesrepublik der 1950er-Jahre hatte sich die Sozialpolitik als die große Integrationsklammer für den Neuaufbau der Demokratie erwiesen. Aber die fortschreitende Globalisierung sowie die Dominanz radikalliberaler Konzepte, die den Wohlfahrtsstaat auf vielen Ebenen beschnitten und den Gemeinsinn beschädigten, hatte im Unterschied zu damals die Machtrelation zwischen Kapital und Arbeit zulasten der Arbeitnehmer verschoben. War die soziale Ungleichheit in der „alten“ Bundesrepublik im langfristigen Trend rückläufig gewesen, so vergrößerte sich der Abstand zwischen Arm und Reich in der „neuen“ Bundesrepublik wieder erheblich – eine „neue Umverteilung“ war die Folge, wie der Historiker Hans-Ulrich Wehler konstatierte.

Die 1990er- und frühen 2000er-Jahre erwiesen sich in zeithistorischer Perspektive als ein doppelter Umbruch, denn es folgten Wandlungen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Der neoliberale Umbau der sozialistischen Gesellschaften führte mit Verzögerungen zu analogen „Ko-Transformationen“ im Westen; für Deutschland ist dafür die rot-grüne „Agenda 2010“ beispielhaft.

Deutschland wandelte sich somit geographisch betrachtet überall, im Osten und im Westen, im Norden und im Süden. Das für die „alte“ Bundesrepublik so charakteristische „Nord-Süd-Gefälle“, das sich seit Ende der 1960er-Jahre zu einem „Süd-Nord-Gefälle“ umgedreht hatte und den politischen Streit viele Jahrzehnte ohne Unterlass bestimmte, war immer noch vorhanden – allen seit 1990 dazugekommenen Redens und Forschens über Ost und West zum Trotz. Neu war, dass der innerdeutsche Süd-Nord-Konflikt vollkommen in den Hintergrund trat und jener zwischen Ost und West in den Vordergrund rückte. Die „Anderen“ waren je nach Blickwinkel nicht mehr wie bisher die Ostfriesen oder die Schwaben, sondern vom Westen aus gesehen die Sachsen oder Brandenburger und vom Osten aus gesehen die Hamburger oder Bayern. Die jeweils diskursive Abwertung blieb jedoch die gleiche.

### Gespaltene Geschichtskultur

Einem gängigen Bonmot zufolge war Berlin der einzige Ort, an dem man den Westen erleben konnte, ohne den Osten ganz zu verlassen. Das deutsche Faible für den Osten erregte jedoch Argwohn, wie schon die Neue Ostpolitik Willy Brandts. In der westeuropäischen Politik und der öffentlichen Meinung kam wieder die Rede vom traditionellen, ja jahrhundertalten „Ostdrang“ der Deutschen auf. Besonders gefährlich wurde es in dieser Wahrnehmung, wenn sich Deutsche und Russen annäherten. In Polen und Frankreich gab es einen regelrechten Rapallo-Komplex – 1922 hatten das Deutsche Reich und Sowjetrußland,

die beiden Geächteten der internationalen Politik, in dem italienischen Badeort für die Welt völlig überraschend einen völkerrechtlichen Vertrag geschlossen, um den sich seither zahlreiche Mythen rankten.

Überhaupt hatte sich die europäische Erinnerung zu einem „Schlachtfeld“ entwickelt, auf dem um (nationale) Identitäten gerungen wurde. Dabei ist gar nicht so sehr auf den gehässigen Moral-Disput in der Folge der Staatsfinanzkrise seit 2008 abzuheben, als sich griechische Bürger an das Besatzungsregime unter den Deutschen im Zweiten Weltkrieg zurückversetzt wähten und die Kanzlerin sowie Finanzminister Wolfgang Schäuble in den Medien mit „Hitler-Bärtchen“ oder in SS-Uniform abgebildet wurden. Wenn Argumente ausgehen – das ist mittlerweile ein eheres Gesetz –, wird Deutschland immer mit der NS-Vergangenheit konfrontiert. Viel wichtiger und komplizierter war Folgendes: Der deutsche Umgang mit der NS- und der SED-Vergangenheit wurde seit den 1990er-Jahren als ein weltweites Vorbild für die Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheiten betrachtet – manche sprachen von der „DIN-Norm“, wobei nicht entschieden war, ob dies anerkennend oder herabsetzend gemeint war. Denn der „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“ (eine Bezeichnung des ungarischen Schriftstellers Péter Esterházy) hatte zuvor mit dem Holocaust und dem Vernichtungskrieg auch die größten Verbrechen begangen, und bei der DDR-Vergangenheit waren die Erblasten asymmetrisch zwischen Ost und West verteilt.

Ein Trend der Zeit war, dass wie in allen anderen politischen und ökonomischen Bereichen „europäische Mindeststandards“ oder „Mindestharmonisierungen“ nun auch in der Erinnerungskultur festgelegt werden sollten. Eine gemeinsame Sicht auf das Jahrhundert der Extreme existierte allerdings nicht, die Trennlinie des gespaltenen Gedächtnisses verlief zwischen West und Ost, und die Frage lautete: Welches war das schlimmere Regime, der Kommunismus oder der Nationalsozialismus? Die Debatte über ein EU-weites Verbot des Hakenkreuzes Anfang 2005 war ein prägnantes Beispiel dafür. Vertreter osteuropäischer Staaten forderten im Gegenzug ein Verbot kommunistischer Symbole wie Hammer und Sichel. Eine solche Konkurrenz der Opfer ließ sich in den folgenden Jahren bei der Entschließung zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus ebenfalls feststellen. Brisant wurden diese Themen, wenn es nicht nur um Symbolpolitik, sondern um Entschädigungsansprüche ging.

#### Ein gütiger Hegemon?

Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 wurde deutlich, dass mehrere europäische Staaten, besonders die neuen Demokratien, nicht gewillt waren, dem traditionellen deutsch-französischen Tandem – einem Sonderbündnis,

**„Die Trennlinie des gespaltenen Gedächtnisses verlief zwischen West und Ost, und die Frage lautete: Welches war das schlimmere Regime, der Kommunismus oder der Nationalsozialismus?“**

# „Der Brexit, aber auch die Abkehr von der liberalen Demokratie in Polen und Ungarn haben das europäische Projekt gespalten und zurückgeworfen.“

das Europa als sanfte Weltmacht etablieren wollte – zu folgen. So kam es im Osten zu einer geschickten Gleichgewichtsdiplomatie, die dem Prinzip verpflichtet war: „NATO is for life, EU is for better life“. In der Sicherheitspolitik suchten die neuen Demokratien die Nähe zur NATO und zu den USA, in ökonomischen Fragen pflegten sie gute Beziehungen zu den EU-Staaten. Für Europa war der Irakkrieg 2003 ein inneres Debakel – ein tiefer Riss spaltete den Kontinent. In einem mittlerweile geflügelten Wort zählte der US-amerikanische Außenminister Donald Rumsfeld die kriegsunwilligen Staaten, die sich um Deutschland und Frankreich scharten, zum „alten“ – und er meinte schwachen und matten – Europa. Das „neue“, kraftvolle Europa, das Amerikas Kriege unterstützte, sammelte sich um die jüngeren Mitgliedsstaaten.

Agierte Deutschland als „ehrlicher Makler“ oder sanfte Führungsmacht in Europa, der es vor allem darum ging, den Konsens unter den europäischen Partnern herzustellen? Oft war es so, aber genauso oft war es anders. Beim Brexit spielte daher auch die Furcht vor einem „German Europe“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Viele Briten wähten Deutschland trotz zweier verlorener Weltkriege wieder auf der „Kommandobrücke“. Die ganz Böswilligen sprachen von einem „Vierten Reich“ und zogen eine Linie von Bismarck über Hitler zu Merkel. Was Hitler mit Gewalt nicht erreicht habe, gelinge nun mit Handel und Geld. Der Brexit, aber auch die Abkehr von der liberalen Demokratie in Polen und Ungarn haben das europäische Projekt gespalten und zurückgeworfen.

Auf europäischer Ebene geriet Deutschland, ganz entgegen seinem Selbstbild vom europäischen Musterknaben, immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik, mal im Osten Europas, mal im Süden. Grund dafür waren Alleingänge: Deutschland war 2001 eines der ersten Länder, das den Stabilitätspakt

verletzte, trat jedoch einige Jahre später mit erhobenem Zeigefinger auf, um eine finanzpolitische Austeritätspolitik einzufordern. Es erklärte einseitig die Abschaltung seiner Atomkraftwerke, ohne nach Konsequenzen für andere zu fragen, und drückte osteuropäischen Staaten einen verbindlichen Anteil alternativer Energiequellen auf, obwohl manche gar nicht die Bedingungen dafür hatten. Dann bildete es einen Sonderweg in der Flüchtlingspolitik aus, ohne Rücksicht auf die bestehenden Regeln. Mit einer Art moralischer Selbstüberhöhung, die – so die psychohistorische Kritik – aus dem schlechten Gewissen angesichts seiner Vergangenheit resultierte, hat sich Deutschland dabei isoliert. Als die europäischen Partner der „selbsternannten moralischen Leitnation“, wie der deutsche Historiker Heinrich August Winkler sie nannte, nicht folgten, wurde ihnen fehlende Solidarität vorgehalten. Aber die Idee der Außergewöhnlichkeit – und sei es im Guten – ist Deutschland in seiner Geschichte noch nie bekommen. Ähnliches gilt für eine andere deutsche Marotte: eine Föderation Europas anzustreben. Das deutsche föderale Modell einfach der EU überzustülpen, war für viele „altherwürdige“ Nationen ein gänzlich unerträglicher Gedanke. Das postnationale Denken vieler Deutscher entsprang allein aus der Geschichte des gescheiterten ersten deutschen Nationalstaates.

## Die Corona-Pandemie als Zäsur

Dass der Nationalstaat in der Corona-Pandemie in Europa wieder an Bedeutung gewann und die einzelnen Staaten diejenigen waren, die das Heft des Handelns in die Hand nahmen, und zwar bis hin zur Schließung von Grenzen, war unübersehbar. Keine einzige internationale oder supranationale Einrichtung gab ein gutes Bild ab, weder die Weltgesundheitsorganisation WHO noch, aufs Ganze gesehen, die EU. Man darf dies konstatieren und muss zugleich den „Aufschwung eines pandemiegetriebenen

EPOCHAL CHANGE

# UNITED, YET STILL DIVIDED?

EDGAR WOLFRUM

Ever since the epochal change of 1989, new constellations have formed in Europe and in Germany. The remaining fault lines often coincided with the former borders between the Western and the Eastern Bloc. Revolutions came up against neoliberal approaches, commemorative culture was divided and Germany's role in Europe remained unclear. Contemporary history investigates such structures and processes in an attempt to provide the present-day public with critical orientation. ●

PROF. DR EDGAR WOLFRUM has held the Chair of Contemporary History at Heidelberg University since 2003. His research interests include German and European history since 1945, experiences of dictatorships in the 20th century, and commemorative cultures and the politics of memory. He was chairman of the Baden-Württemberg commission investigating the National Socialist era and currently serves as scientific director of the Antigypsyism research unit (see article on p. 144). He has written several award-winning books that have been translated into Arabic, Chinese, English, Japanese, Korean and Czech. His book "The Achiever. Germany after 1990", published in 2020, explores the new challenges facing Germany today, 30 years after the country's reunification in 1990.

Contact: edgar.wolfrum@zegk.uni-heidelberg.de

**“The fault line dividing public memory ran between the West and the East, and the question was: which regime was worse, communism or National Socialism?”**

Nationalismus“, wie es der bulgarische Politologe Ivan Krastev nannte, kritisieren. Einiges deutet darauf hin, dass sich die Pandemie als Zäsur erweisen könnte. Wir kennen in der Geschichtswissenschaft verschiedene Arten von Zäsuren, und wenn sich die „Erfahrungszäsur“ der Mitlebenden und die „Deutungszäsur“ der Wissenschaft decken, dann ist der Einschnitt besonders tief, was in der jüngsten Geschichte Europas 1945 und 1989 der Fall war und gegenwärtig wieder so ist.

Die Pandemie wird möglicherweise die Globalisierung abbremsen, ebenso die internationale Mobilität. Ob damit ein ganzes Zeitalter zu Ende geht, ist noch nicht absehbar. Offenkundig hingegen sind gravierende ökonomische Konsequenzen, die neue soziale Ungleichheiten und Spaltungen hervortreiben. Die Seuche bedroht Millionen von Arbeitsplätzen und selbstständigen Existenzen, wohingegen andere Branchen, etwa der Online-Handel, profitieren. Das Virus zehrt nicht nur Leben, Gesundheit und Wohlstand auf, sondern auch die Freiheit. Die Beschränkung der Grund- und Freiheitsrechte war in Europa umfassender und rigoroser als zu jeder anderen Zeit nach 1945. Sicherheit und Freiheit sind Kardinalwerte des demokratischen Rechtsstaates, die sich oft widersprechen.

Erkennbar ist die Rückkehr des Staates, genauer: der Exekutive. In der Krise hörte die Verachtung gegenüber dem Staat zunächst auf. Das neoliberale Denken, das seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts Oberhand gewonnen hatte und wonach das freie Spiel von Markt und Privatinitiative alles besser regelt, ließ stark nach. Gefährlich wurde es, wenn das Pendel mit Macht zur anderen Seite ausschlug und in eine Staatsgläubigkeit oder den Ruf nach einer Autorität mündete. Einen Rückwärtsdrall der Demokratie, womöglich sogar eine historische Schubumkehr gibt es in Gestalt der populistischen Revolte bereits seit einem Jahrzehnt.

Eine ähnliche Pandemie kann sich jederzeit wiederholen. Die jetzigen Maßnahmen könnten ein Muster für künftige Seuchen sein und sich somit als „neue Normalität“ etablieren, die die alte Welt von der neuen Welt scheidet. Bedeutet dies auch das Ende der Zuversicht? Ein Vergleich mit der „Stunde Null“ von 1945 ist rasch gezogen worden. Freilich hatten die Deutschen mit der bedingungslosen Kapitulation des amoklaufenden NS-Regimes das Schlimmste hinter sich. Aber nun? Die Gegenwart der Vergangenheit ist komplex. Im 19. Jahrhundert war es Gemeingut, zu sagen: Geschichte macht nicht klug für ein andermal, sondern weise für immer. Solche scheinbaren Gewissheiten sind uns abhandengekommen. Aber drehen wir den Satz doch einfach um: Die gegenwartsnahe Zeitgeschichte kann dafür sensibilisieren, gegenüber neuen Problemlagen klüger zu handeln. ●

**„Offenkundig sind gravierende ökonomische Konsequenzen, die neue soziale Ungleichheiten und Spaltungen hervortreiben.“**

**Geschichte und Kultur Europas und der Neuen Welt**

Das 2005 gegründete Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK) ist ein Zusammenschluss von fünf Heidelberger Instituten: dem Historischen Seminar, dem Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde, dem Institut für Europäische Kunstgeschichte, dem Institut für Religionswissenschaft sowie dem Musikwissenschaftlichen Seminar. Ziel der Wissenschaftler am Zentrum ist es, die Geschichte und die kulturellen Errungenschaften Europas und der Neuen Welt vom Frühmittelalter bis in die heutige Zeit zu erforschen. Durch die Allianz im ZEGK verstärken sie dabei ihre Kooperationen, nutzen Synergieeffekte und gewinnen in Lehre und Forschung an interdisziplinärer Kompetenz.

[www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk](http://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk)